

Konferenz proklamiert ist, auf das größte mißachten. Gegen die sozialistischen Staaten werden politische und propagandistische Kampagnen im Geiste des „kalten Krieges“ geführt. Die Regierung der USA übt einen beispiellosen Druck auf die olympische Bewegung aus, die von alters her den Geist des Friedens, der Zusammenarbeit und der Annäherung zwischen den Völkern verkörpert.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten erheben ihre Stimme gegen alle derartigen Schritte und Aktionen, gegen Versuche, die internationale Entspannung zu untergraben, die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu hemmen. Sie treten entschieden dafür ein, daß keine Schritte unternommen werden, die die Lage komplizieren könnten, und daß alle Staaten ihre Anstrengungen vereinen, um dem Anwachsen der Spannungen Einhalt zu gebieten und die Politik der Entspannung und der friedlichen Zusammenarbeit fortzuführen.

Die Teilnehmer der Tagung treten entschlossen dafür ein, daß auf dem europäischen Kontinent nie wieder eine Atmosphäre der Feindschaft und des Mißtrauens entsteht. Für die europäischen Völker, die sich aus eigener Erfahrung davon überzeugen konnten, wie sehr die Entspannung ihren ureigensten Interessen entspricht, ist die Fortsetzung des Entspannungsprozesses und die Entwicklung der gleichberechtigten Zusammenarbeit ebenso wie für alle Völker der Welt eine lebenswichtige Frage. Es kommt darauf an, daß die gegenwärtigen politischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und anderen friedlichen Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nicht reduziert werden, sondern eine weitere Entwicklung erfahren, damit im Rahmen der politischen Kontakte und Konsultationen zwischen ihnen der Austausch von Meinungen, Gedanken und Vorstellungen zu aktuellen Problemen Europas und der Welt fortgeführt wird.

Es ist ebenfalls wichtig, die Erfahrungen der gesamteuropäischen Treffen zu nutzen, die in den Jahren 1978 bis 1980 auf der Grundlage der in der Schlußakte von Helsinki enthaltenen Beschlüsse stattfanden. Es ist notwendig, die Verwirklichung der Festlegungen der gesamteuropäischen Konferenz zu Fragen des Umweltschutzes zu gewährleisten, die gesamteuropäische Konferenz zu Fragen der Energie, mit deren Vorbereitung bereits begonnen wurde, durchzuführen und zu einer Vereinbarung über die Durchführung einer analogen Konferenz zu Fragen des Verkehrswesens zu gelangen.

Gleichzeitig sehen es die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses als ihre Pflicht an zu unterstreichen, daß die Fortsetzung und Vertiefung des Entspannungsprozesses auf dem europäischen Kontinent in entscheidendem Maße davon abhängt, wie sorgsam alle Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz mit dem Positiven umgehen, das in Europa im letzten Jahrzehnt erreicht wurde, und wie konsequent alle Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki in die Praxis umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang lenken sie insbesondere die Aufmerksamkeit auf